

# DER TEILHABERSTAAT

## 1. Einführung

Stellen Sie sich vor, dass uns zwei Hauptsorgen genommen würden, nämlich Arbeit zu haben und eine sichere Pension. Wir würden praktisch zur Sicherheit des Stammes, der Sippe oder der Familie zurückkehren, welche unsere Vorfahren weitgehend genossen haben, oder zu derjenigen, die uns neuere kommunistische Gesellschaften vorübergehend beschert haben; diesmal wäre dies jedoch ohne den Verlust bürgerlicher Freiheiten. Ist dies „Alice im Wunderland“ oder könnte es jetzt Wirklichkeit werden?

Über das gesamte, von rasanter Entwicklung geprägte Zeitalter der Industrialisierung hinweg sind die grundlegenden Konzepte der politischen und ökonomischen Systeme bezüglich ihrer wesentlichen Elemente praktisch unverändert geblieben und nicht hinterfragt worden. Die grundlegenden Formen, nämlich der Kapitalismus und der Kommunismus, waren nicht nur in einem ideologischen Krieg miteinander verhakt, sondern waren auch und sind es immer noch stark beschäftigt mit sich selbst, um interne Übel und Unzulänglichkeiten zu sanieren. Ein ständig zunehmendes Flickwerk von Gesetzen und Regelungen ist entstanden, manchmal ausgeliehen vom gegnerischen System und oft begleitet von Anstrengungen der Tarnung solcher Übertragungen. Dieser Prozess wird zunehmend begleitet von drastischen und manchmal kostenträchtigen Änderungen, die nicht aus vorsichtigen Überlegungen geboren werden, sondern eher wie Notverordnungen in den weltweiten und/oder regionalen Rezessionen der 90er-Jahre aussehen.

Der neue sozioökonomische Versuch im Teilhhaberstaat hat bessere Chancen auf Erfolg aus zwei Hauptgründen. Erstens bleiben erprobte merkantilistische und kapitalistische Prinzipien erhalten mit den wichtigen Zusätzen, Produktivität zu honorieren und auch die Arbeit dem Angebot-Nachfrage-Mechanismus zu unterwerfen. Zweitens verfügen die gegenwärtigen Gesellschaften über wesentlich größere materielle Ressourcen als diejenigen des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts, welche ziemlich defizitär waren im Angebot von Nahrung und materiellen Gütern. Heute können weniger als zehn Prozent der Arbeitskräfte eine ganze Nation mit Nahrungsmitteln versorgen. Als Konsequenz ist die Verteilung der verbleibenden 90 Prozent der Arbeit nicht so kritisch. Dieser Sachverhalt macht es möglich, die wöchentliche Arbeitszeit, falls notwendig, zu verkürzen. Die verfügbaren Arbeitskräfte werden einem normalen Angebot-Nachfrage-Mechanismus unterworfen, der eine flexible Arbeitswoche erfordert und Arbeitslosigkeit eliminieren wird. Somit wird die Gesellschaft darauf vorbereitet sein, signifikante Zuwächse in der Produktivität von Industrie und Landwirtschaft zu absorbieren, sich dem wachsenden Sektor der Dienstleistungen anzupassen und die sich oft in negativen Spiralen verfangenden Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung abzufangen.

Es wird auch gezeigt, dass ausreichende finanzielle Ressourcen vorhanden sind, die in kompetenten und wettbewerbsfähigen (normalerweise privaten) Händen belassen werden sollen und es erlauben, ein staatsgetragenes Pensionssystem durch eine geringfügige Besteuerung des Produktivkapitals zu unterhalten. Die öffentliche Dividende oder Anteilsberechtigung wird die Basis für das soziale Sicherheitssystem und die Pensionskasse darstellen. Das essenzielle Instrument, Anreize zu geben und die Dividenden zu personalisieren, ist in der neuen Gesellschaft die Bewertung der individuellen Produktivität als ein Mittel, gerechter zu belohnen und ethische Werte wieder zu betonen. Die

Verwundbarkeit der Gesellschaften durch Spekulation wird drastisch reduziert und Solidarität sowie Ethik werden verbessert und weiterentwickelt. Die evolutionären Änderungen, um den Teilhaberstaat zu verwirklichen, und die vielen positiven Nebenwirkungen dieser Änderungen werden in diesem Buch erklärt, das sich sowohl an die interessierte Allgemeinheit wendet als auch an Politiker und Wissenschaftler.

## 2. Die gegenwärtige Situation

Die Bürger, die in den gegenwärtigen sozioökonomischen Systemen leben, sind zu Beginn des neuen Jahrtausends im Großen und Ganzen nicht zufrieden. Sie sind besorgt über unvorhersehbare, wachsende und/oder anhaltende Arbeitslosigkeit, organisierte und individuelle Kriminalität sowie globale Umwelt- und Gesundheitsprobleme, um nur die wichtigsten Probleme zu nennen. Ein zusätzlicher genereller Verfall von Moral, Integrität und Verlässlichkeit gewählter und/oder selbst ernannter Führungspersönlichkeiten hat viele Bürger bezüglich ihrer eigenen Zukunft und der ihrer Kinder verunsichert.

Wenn man heute die Mittagsnachrichten an vielen Stellen dieser Erde anschaltet und sie mit denjenigen von früheren Jahren vergleicht (etwa bis in die 70er-Jahre), fällt ein Thema unweigerlich auf: Bewegungen von Aktien, Staatsanleihen und Währungen sind heute wichtiger als das, was beispielsweise die Parlamente an diesem Tag beschließen. Diese neuartige Auswahl mag allerdings die Realität ganz gut widerspiegeln. Denn während man sich ernsthaft fragen muss, ob der Tag der Parlamentarier einer Schlagzeile und das Geld des Steuerzahlers wert war, sind sicherlich mehr Talente mutigen Investitionen gewidmet worden, die unterdessen auch einen größeren Kreis von Kapitaleignern interessieren. Allerdings dient die Teilnahme und das Interesse an den Finanzmärkten auch der reinen finanziellen Spekulation, die bereits vor dem Börsenkrach und der Krise Mitte 1998 beispielsweise von Doug Henwood und Otto Piller kritisiert wurde. Denn die Gewinne der Erfolgreichen werden häufig einfach von den Vermögen der vielen weniger begabten und/oder langsameren Kleinaktionäre abgesehen, die beispielsweise ihre Aktien (durch einen Fonds) verkaufen ließen und am Verliererende der Spekulationen standen. Die Verlierer werden selten in den Nachrichten erwähnt, es sei denn, die Verluste sind generell, zahlreich und spektakulär. Aber selbst dann scheinen Sympathie und Sorge den großen Verlierern zu gelten, wie Hedgefonds und großen Banken (beispielsweise im Herbst 1998), die ganze Vermögen ihrer Einleger verspekulierten; Verlierer waren in diesem Fall auch die Steuerbehörden der betroffenen Länder. Die Strafen für Glücksspiele derartigen Ausmaßes sind bisher minimal. Die Perversion wird perfekt, wenn in relativ stabilen Zeiten schlechte Wirtschaftsdaten oder zunehmende Arbeitslosigkeit die Aktienkurse steigen lassen. Historisch waren Phasen von Unzufriedenheit und Unsicherheit oft die Herolde revolutionärer Änderungen oder Verfall. Daher ist ein fundamentales Nachdenken über die Art und Weise, wie unsere sozioökonomischen Systeme zum Nutzen aller Bürger funktionieren sollten, überfällig.

Als Microsoft am 25. Januar 1999 General Electric als die Gesellschaft mit der höchsten Aktien-Bewertung in der Welt (83 Milliarden US-\$) ersetzte, wurde sonnenklar, dass wir bereits in einer nach-kapitalistischen Gesellschaft leben. Microsoft hat einen relativ kleinen Maschinenpark; sein Wert bestand zu diesem Zeitpunkt vorwiegend aus Know-how, Dienstleistungen und Mitarbeitern, gestützt auf eine hohe Bewertung am Aktienmarkt.

### 3. Vorgeschlagene Reformen

Die reformierte Gesellschaft des Teilhaberstaates bietet der Menschheit zum Jahrtausendwechsel eine Alternative. Das neue, kohärente, sozioökonomische System stützt sich auf drei wichtige, miteinander verbundene Säulen für sein Funktionieren und seine Stabilität, nämlich:

der Ersatz der meisten gegenwärtigen Besteuerungen von Eigentum und Wirtschaft sowie der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung durch eine einzige, bescheidene Pflichtsteuer auf alle identifizierbaren Produktivkapitalwerte der Gesellschaft (auf das „**Gemeingut**“). Diese Steuer wird eine bestimmte und beabsichtigte Umschichtung der Wertung vom Kapital weg in Richtung des Menschen und der Arbeit herbeiführen und hat vielerlei Folgen, nicht zuletzt eine Verminderung der Spekulation, vor allem mit brachliegendem Eigentum wie Grundstücken. Die Wertsteuer wird einzig und allein dem Pensions- und Sozialversicherungswesen gewidmet und ist auch nachweislich ausreichend, um diese zu versorgen.

differenzierte, individuelle Teilnahme an den Ausschüttungen (Dividenden) aus einem Fonds des Gemeinguts, der durch die eingenommene Wertsteuer gespeist wird. Die Teilnahmerate, der individuelle Anteilsanspruch, besteht aus einem Sockelbetrag, der mit dem Bürgerrecht erworben wird, und hängt des Weiteren zum größeren Teil von den produktivitätsorientierten Verdienstpunkten ab, die jeder Bürger jährlich erhält und generell während seiner Lebenszeit akkumuliert. Zinsen von den akkumulierten Ansprüchen werden nur in der letzten Dekade der aktiven Arbeitszeit hinzugezählt. Dies ist erforderlich, um die institutionellen Investitionen in der Volkswirtschaft, die vom Fonds des Gemeinguts getätigt werden, auf etwa ein Drittel des gesamten dem Markt eines typischen Industrielandes zugänglichen Kapitals zu beschränken. Die gesamte Bezugsberechtigung des Bürgers wird Anteilschein genannt und bestimmt dessen Pension. Produktivitätsbewertungen werden Nachvollziehbarkeit, Verlässlichkeit und Solidarität in der reformierten Gesellschaft fördern und wuchernde Verwaltungen sowie eine Reihe anderer parasitärer Trends bremsen.

Recht und Pflicht eines jeden Bürgers, entsprechend seinen erworbenen oder zu erwerbenden Fähigkeiten produktiv zur Gesellschaft beizutragen. Die erstmalige Anwendung eines geeigneten Angebot-Nachfrage-Mechanismus für Arbeit wird zu Produktivitätszunahmen führen wie auch verbliebene, so genannte strukturelle Arbeitslosigkeit absorbieren. Die Reform erfüllt diesen Anspruch durch eine periodische Anpassung der Arbeitszeit (z.B. jährlich) und gegebenenfalls des Rentenalters an die nachgefragte Arbeit innerhalb einer nationalen Volkswirtschaft, in einer sanften, allmählichen Art („moving peg“). Die gesetzlich festgelegten Arbeitsstunden werden generell ohne Kompensation im Stundenlohn angepasst. Dies ist volkswirtschaftlich möglich, wie später gezeigt wird, und Arbeitslosigkeit wird dauerhaft auf ein Restniveau von etwa einem Prozent reduziert.

## 4. Machbarkeit und Nachhaltigkeit

Der Anteilschein oder der öffentliche Anteil eines jeden Bürgers ist das wichtigste sozioökonomische Element im Teilhaberstaat. Es ist der variable und sich (über eine Lebenszeit) entwickelnde Anspruchsanteil (in der Regel nicht Besitz) am Gemeingut einer Nation, welche der Bürger durch seine Leistungen für die Gesellschaft erwirbt. Gewinnberechtigungen (Dividenden) auf den Anteilschein, deren Akkumulierung oder Auszahlung werden praktisch alle Sozialsicherungselemente wie Kindergeld, Erziehungsgeld, Mutterschaftshilfe, Sozialhilfe und schließlich Pensionen ersetzen, aber nicht die Krankenkassen. Die eingezahlten Wertsteuern, die aufgesparten Ansprüche sowie die Auszahlungen werden treuhänderisch vom „Fonds des Gemeinguts“ verwaltet. Berechnungen zeigen, dass substantielle, ausreichende, aber auch nicht übermäßige staatliche Pensionen auf der Basis von nur 5 Prozent Wertsteuer erreicht werden. Wesentliche Unterstützung für Menschen ohne Arbeit wird aus dem Fonds nicht erforderlich werden, weil Arbeitslosigkeit in der neuen Gesellschaft praktisch eliminiert sein wird.

Um Missverständnisse über das Kapitaleigentum im Teilhaberstaat zu vermeiden, soll hier angemerkt werden, dass die tatsächliche Eigentümerschaft und Nutzung des Kapitals weitgehend unverändert bleiben von dem Zustand, an den wir in den „Freien Marktwirtschaften“ der letzten zwei Jahrhunderte gewöhnt sind. Auch kann das Management sowohl in privater als auch in öffentlicher Hand sein und sowohl vom Eigentümer als auch von einem angestellten Profi wahrgenommen werden. Deshalb ist der öffentliche Anteilschein des Bürgers im neuen System eher als ein virtuelles Eigentum oder als ein Gutschein zu betrachten, der lediglich die Höhe der Dividenden bestimmt. Ähnlich fiktive Beträge werden oft in den heutigen Pensionssystemen als Gesamtanspruch oder rechnerische Größe ausgewiesen, können aber meist ebenfalls nicht als Besitz ergriffen werden.

Ein allgemeiner Trend zu Steuersenkungen ist im Gefolge der Produktivitätsbewertungen im neuen System zu erwarten, weil insbesondere administrative Gemeinkosten sowie die Last der Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe reduziert werden. In den derzeitigen Systemen sind Industrieunternehmen in vielen entwickelten Ländern bereits verpflichtet, in einen Pensionsfonds für ihre Mitarbeiter einzuzahlen, oft im Bereich von 20 Prozent der Löhne und Gehälter. Wenn letztere etwa 50 Prozent des Geschäftsvolumens (Umsatz) ausmachen und der Umsatz wiederum etwa der Hälfte des Produktivkapitals entspricht (oft ist der Umsatz sogar höher als dieses), würden alleine durch den Entfall dieser Belastung 5 Prozent (auf das Betriebskapital umgerechnet) erspart, d.h. kompensiert. Weitere Gewinnerleichterungen für Industrieunternehmen und/oder Preise könnten im Rahmen der generellen Produktivitätszuwächse durch Absenken der Körperschaftssteuer, Gewinnbesteuerung und Mehrwertsteuer erreicht werden, die oft 10 bis 20 Prozent des Umsatzes ausmachen.

Die Kapitalwertsteuer zusammen mit der justierbaren Arbeitswoche werden auch ein Bollwerk gegen die Verarmung sich robotisierender Gesellschaften darstellen. Eine oftmals vorgeschlagene Maschinensteuer wäre in dieselbe Richtung gegangen. Das Gegenteil, eine Arbeitssteuer, würde kontraproduktiv sein. Sie bestand beispielsweise noch vor einiger Zeit in Frankreich, wurde aber im Juli 1998 endgültig abgeschafft. In der Zukunft wird die Regel gelten, je höher die Kapitalisierung und Automation in einer der neuen Gesellschaften ist, desto niedriger wird die Wertsteuer ausfallen und desto

kürzer wird die Arbeitswoche sein. Da Individualeinkommen in diesem Szenario zunächst ebenfalls abnehmen, wird die Wettbewerbsfähigkeit des Menschen mit den Maschinen verbessert und eine galoppierende Dominanz der Roboter bremsen.

Um faire und differenzierte Gewinnberechtigungen für jeden arbeitenden oder in anderer Weise beitragenden Bürger zu erhalten, muss die Produktivität als wiederentdeckte Messlatte herhalten, um die vielseitigen Aktivitäten einer Gesellschaft zu bewerten. Diese Bewertung bzw. Auswertung wird wahrscheinlich das Gesamtvolumen noch tatsächlich erforderlicher Arbeit in einer Gesellschaft schrumpfen lassen. Die logische Antwort eines Teilhaberstaates auf eine Verminderung der Nachfrage nach nützlicher und notwendiger Arbeit ist eine entsprechende Reduktion des Angebots verfügbarer Arbeitsstunden und nicht der verfügbaren Arbeiter. Das dritte Element des neuen Systems, die flexible gesetzliche Arbeitswoche, liefert entsprechende Anpassungen, wenn erforderlich in regelmäßigen Abständen, d.h. jährlich und normalerweise ohne wesentlichen Stundenlohnausgleich.

Die Auswertung vergangener Arbeitslosensszenarien hat gezeigt, dass im Durchschnitt Änderungen von einem Jahr zum nächsten in einem bestimmten Land selten zwei Prozent überschreiten; das Beharrungsvermögen der global vernetzten Wirtschaften und Zentralbanken wird wahrscheinlich auch in Zukunft größerer Sprünge vermeiden. Entsprechende zukünftige Arbeitszeitschwankungen würden im Großen und Ganzen auch die Einkommen um etwa diese Prozentsätze variieren lassen. Lokalisierte Teilhabermodelle in Firmen bestehen bereits, in denen jährliche Entlohnungen abhängig von der Geschäfts- und Gewinnsituation sind und mit Leichtigkeit bis zu 5 Prozent von Jahr zu Jahr variieren können. Selbst Beispiele freiwilligen Lohnverzichts in dieser Größenordnung und mehr sind ebenfalls bereits Realität, um bestimmte Firmen oder sogar ganze Volkswirtschaften zu entlasten (wie z.B. Singapur mit etwa minus 15 Prozent während der Südostasienkrise 1998). Kleine allmähliche Änderungen („moving-peg“) statt drastische Variationen sind langfristig zu erwarten. Es ist ebenso logisch, dass noch relativ unproduktive Gesellschaften zunächst wünschen und festlegen, dass längere Arbeitsstunden pro Woche Wettbewerbsvorteile bringen sollen, selbstverständlich nachdem zuerst die benötigte Arbeit gerecht auf die Arbeitskräfte verteilt wurde.

## **5. Zusätzliche Vorteile**

Neben einer soliden Finanzierung eines stabilen Pensionssystems und der drastischen Absenkung der Arbeitslosigkeit, begleitet von einer Flexibilisierung der wöchentlichen Arbeitszeit, bringt das neue System auch eine geringere Belohnung von Spekulationen und schlankere Verwaltungen mit sich. Das System ermutigt auch Solidarität und das Teilen von Risiken unter den Bürgern, was zu fairen und bezahlbaren Versicherungssystemen führt mit einer gleichzeitigen Begrenzung von administrativen Gemeinkosten, Vergeudung, Nichtversicherung und Doppelversicherung.

Die Messlatte der Produktivität wird auch vor den Spitzen der Verwaltungen und Politikern nicht Halt machen. Politiker, heutzutage oft mit hohen Pensionsansprüchen gegen den Staat (und damit das Gemeingut und das Volk) ausgestattet, werden nunmehr für die Produktivitätsauswirkungen ihrer Regierungstätigkeit sowie ihres Abstimmungsverhaltens verantwortlich gemacht. Zerreden (Philibustering) eines Gesetzes, Unterstützung eines nutzlosen Gesetzes, Abstimmen gegen Umweltschutz, für Ausweiten der

Verwaltung oder öffentliche Verschuldung werden genauso negativ bewertet wie Inaktivität, d.h. niedrige Anwesenheit und/oder geringe Ausschusstätigkeit der Parlamentarier. Die entsprechend niedriger ausfallenden persönlichen Anteilscheine und Ansprüche an den Fonds des Gemeinguts würden letztlich (nach Akkumulation) auch die Rentenansprüche des Politikers erheblich beeinträchtigen. Die notwendigen, in diesem Fall relativ neuen Produktivitätsbewertungen werden zunächst von ehrenamtlichen Ausschüssen durchgeführt, die sich aus Bürgern und den Parlamentariern selbst zusammensetzen; dies ergibt eine Art Selbstkontrolle, wie sie bereits in den heutigen Ethikausschüssen einiger Parlamente besteht.

Die sichtbare Belohnung für bedeutsame und positive Beiträge zur Gesellschaft und die striktere (wenigstens im finanziellen Sinne) Bestrafung von negativen Beiträgen wird eine graduelle Verstärkung sozial orientierter Einstellungen herbeiführen, insbesondere Solidarität unter Bürgern, und schließlich eine Verminderung der Wirtschaftskriminalität sowie von Gewaltanwendung nach sich ziehen.

Der Bürger hat die Möglichkeit, einen Teil seines persönlichen Anteilscheins und der daraus entstehenden Bezugsberechtigungen einer Gruppe zur Verfügung zu stellen beziehungsweise abzutreten. Damit hat er sich für eine gemeinsame sozioökonomische Vertretung im Teilhaberstaat entschieden und erhält nicht mehr die individuellen, sondern die innerhalb der Gruppe gleichen Dividenden und Ansprüche. Der Gruppenanteilschein kann etwas anderen, gemeinsamen Grundregeln folgen als jenen, die in einer Nation generell vorherrschen. Gemeinsame Interessen (wie die einer eng zusammenarbeitenden Gewerkschaft oder eines Syndikats) könnten Anlass für einen Gruppenanteilschein sein wie auch unterschiedliche Bewertungen von Technologie, Umwelt und religiösen Werten – wie dies beispielsweise bei den Amish in Pennsylvania der Fall ist. Der Gruppenanteilschein schafft eine Möglichkeit für sozioökonomische Basisdemokratie und bietet die Freiheit von unten nach oben („bottom up“) an, ohne dabei das Funktionieren des Gesamtsystems signifikant zu beeinträchtigen.

Auf der internationalen Bühne wird das neue System eine nützliche Ausbreitung der Produktivitätsorientierung sowie eine Stärkung der Solidarität und gesellschaftlicher Werte fördern. Diese Weiterverbreitung kann mit der Anwendung der Kriterien eines Teilhaberstaats auf die eigenen Exporte und deren Finanzierung beginnen. Weltbank und IMF werden dieses Instrumentarium in ihren Bemühungen einbeziehen können. Eine Bevölkerungsexplosion ohne entsprechendes wirtschaftliches Wachstum wird im neuen System direkt in der Tasche eines jeden Bürgers empfunden (infolge der Teilung desselben Gemeinguts durch mehr Seelen). Dies wird den Menschen helfen zu verstehen, dass viele Kinder nicht notwendigerweise verbesserte soziale Sicherheit und Zukunft für alle bedeuten, denn das neue System stützt sich gleichermaßen auf die Leistung des Einzelnen wie auch auf die Solidarität aller.

Zusammenfassend wird mit dem Teilhaberstaat ein dauerhaftes, nachhaltiges und weitgehend sich selbst regelndes System erstellt.